

# i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 3/2019

26. Juli 2019



Foto: SPD Baden-Württemberg

## Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten beiden Landtagssitzungen vor der parlamentarischen Sommerpause haben letzte Woche stattgefunden. Die grün-schwarze Landesregierung kann jedoch auch in ihrem dritten Regierungsjahr nicht ohne einige gewichtige politische Großbaustellen in die Ferien gehen. Die Kluft zwischen den Koalitionspartnern scheint größer denn je. Ein Paradebeispiel dafür lieferte die missglückte Wahl der neuen Bürgerbeauftragten des Landes Beate Böhlen. Ohne Problem hätte die Grüne mit den Stimmen der Regierungsfractionen gewählt werden können. Dennoch erzielte sie nicht die notwendige Mehrheit von 72 Stimmen, sondern nur 69 der 133 anwesenden Abgeordneten stimmten ihrer Wahl zu. Ein zweiter Wahlgang musste für Oktober angesetzt werden. Das ist eine weitere veritable Blamage für Grün-Schwarz und ganz sicher die Retourkutsche für die ebenfalls missglückte Wahl der CDU-Abgeordneten Sabine Kurtz zur Landtagsvizepräsidentin im April vergangenen Jahres, die auch erst im zweiten Wahlgang klappte.

Immer offensichtlicher werden auch die Querelen zwischen dem CDU-geführten Wirtschaftsministerium und dem Grünen-Staatsministerium. Nachdem Ministerpräsident Kretschmann schon Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) zur Chefsache erklärt hat, möchte er Ministerin Hoffmeister-Kraut nun auch noch das wichtige Themenfeld Innovation aus den Händen nehmen. Diese schrittweise Entmachtung des Koalitionspartners sowie der weitere Ausbau von Doppelstrukturen lassen bereits den nahenden Landtagswahlkampf deutlich spüren. Auch die brüske Ablehnung des CDU-Vorschlags für eine

Klimaschutzstiftung durch Grünen-Umweltminister Untersteller sowie die Blockade der Grünen gegen zentrale Vorhaben im Kultus- und Innenressort machen die zunehmend verhärteten Fronten in der sogenannten Komplementär-Koalition deutlich.

Dabei sind die politischen Ziele, die sich die Grünen einst auf die Fahnen geschrieben hatten, kaum noch wahrnehmbar. Unter Kretschmann scheinen die Grünen im Land zu einem Flügel der Christdemokraten mutiert zu sein, und zwar zu einem besonders konservativen. Nicht nur die neue Freundschaft zu Bayerns Ministerpräsidenten Markus Söder spricht Bände. Geradezu makaber ist, dass sich die Grünen von der zukünftigen CDU-Spitzenkandidatin Eisenmann vorwerfen lassen müssen, zu wenig für den Klimaschutz zu tun. Und dem ganzen setzt Verkehrsminister Hermann die Krone auf, der mit seinem geplanten Lokführer-Pool und der günstigen Vermietung landeseigener Züge Unternehmen wie Abellio und Go-Ahead kräftig unter die Arme greift. Das ist nicht nur eine Einladung an diese börsennotierten und extrem gewinnorientierten Unternehmen, selbst so wenig wie möglich in Personal und Wagenmaterial zu investieren, sondern die grüne Landesregierung unterstützt hier mit dem Geld seiner Bürger ausländische Konzerne, die in direkter Konkurrenz zur staatseigenen Deutschen Bahn stehen, und leistet der Privatisierung eines eigentlich öffentlichen Sektors Vorschub. Die seit Jahren angekündigte Mobilitätswende und der Ausbau des ÖPNV aber lassen weiter auf sich warten.

Ich bin also gespannt, wie sich diese verfahrenere Situation nach der Sommerpause weiterentwickeln wird. Bis dahin wünsche ich Euch, Euren Familien und Freunden einen schönen Sommer, einen erholsamen Urlaub mit vielen neuen und inspirierenden Eindrücken, aber auch Zeit zum Abschalten, Innehalten und Erholen. Und selbstverständlich wie immer eine interessante und anregende Lektüre.

Euer Andreas Stoch

## Grüne gegen Volksbegehren ProBiene

In der 94. Sitzung am 26. Juni hinterfragte die SPD-Fraktion im Rahmen einer Aktuellen Debatte das ablehnende Verhalten der Grünen zum Volksbegehren zur Rettung der Bienen.

In meiner Rede als Fraktionschef drückte ich mein absolutes Unverständnis aus, warum ausgerechnet im einzigen grün-regierten Land erst eine Volksinitiative gestartet werden muss, um mehr für den Artenschutz zu tun. Im benachbarten Bayern hatte ein solches Volksbegehren eine enorme Dynamik entwickelt und die CSU-Regierung hat es anstandslos angenommen und wird es umsetzen. In Baden-Württemberg regieren die Grünen seit acht Jahren und haben das Umweltministerium inne, sind aber nicht entscheidend weiter als Bayern, wo eine Partei regiert, die Artenvielfalt vor wenigen Jahren noch als Spinnerei abgetan hat. Während einige Grünen-Kreisverbände, die SPD und auch selbst die CDU-Landtagsfraktion das Volksbegehren unterstützen, tut sich die Landesregierung damit schwer. Generell scheint diese, Schwierigkeiten mit der direkten Demokratie zu haben, die sie einst propagiert und im Gesetz festgeschrieben hat. Laut der jüngst per Gutachten bemühten These der Regierung fehle dem Volk die langfristige Professionalität für direkte Demokratie. Doch was hat die Landesregierung in Sachen Artenschutz auf den Weg gebracht? Ein Wassergesetz mit Gewässerrandstreifen, mehr Mittel für die Landschaftspflege, ein Grünlandumbruchverbot und die Einrichtung des Nationalparks Schwarzwald, das alles noch in grün-roten Tagen. In der grün-schwarzen Koalition wurde dagegen nichts mehr umgesetzt. Die CDU steckt in der Agrarpolitik noch in den 90ern fest. Der Biolandbau kommt nicht schneller voran als in anderen Bundesländern. Beim Ausbau der Photovoltaik sind wir nicht einmal Mittelfeld. Bei der Windkraft wird gebremst, Wasserkraft gar verhindert. Der Pestizideinsatz hält an und der Landwirtschaftsminister will ihn nicht erfassen, weil das den Bürger nichts angehe. Strengere Düngeverordnung werden nicht kontrolliert. ProBiene fordert, dass bis in sechs Jahren jeder vierte Hof im Land ökologisch betrieben wird, in 16 Jahren jeder zweite. Ministerpräsident Kretschmann kontert hier mit Verweis auf die europäische Ebene und schiebt die Verantwortung nach oben ab. Für einen besseren Artenschutz brauchen wir insektenfreundlicheres Kunstlicht, forcierteren Biolandbau, die Halbierung der Pestizide, ein Totalverbot von Neonicotinoiden und die Verbannung von Glyphosat und anderen Totalherbiziden aus Naturschutzgebieten sowie eine konsequente Kontrolle der Düngeverordnung. Grünes Nichtstun ist nicht artenfreundlicher als schwarzes.

## Batteriezellenforschung nicht in Ulm

In der 96. Landtagssitzung am 10. Juli kritisierte die SPD bei einer von ihr beantragten Aktuellen Debatte die Entscheidung von Bundesforschungsministerin Karliczek gegen einen Standort in Baden-Württemberg als falsch.

Dass ausgerechnet wir als Automobilland keine Forschungsfabrik für Batteriezellen erhalten, ist eine herbe Enttäuschung und eine der größten wissenschafts- und industriepolitischen Fehlentscheidungen. Denn gerade die Transformation im Bereich der Automobilindustrie, insbesondere der Antriebstechnik, ist eine der größten Herausforderungen für Deutschland. Batterien sind in der E-Mobilität entscheidend und wer diese voranbringen will, muss auch Batterien voranbringen. Mit Ulm haben wir einen der wichtigsten europäischen Hotspots der Batterieforschung ins Rennen geschickt. Das Zentrum für elektro-chemische Energiespeicher Ulm & Karlsruhe (Celest) hat einen hervorragenden internationalen Ruf. Wir haben das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung Ulm und das KIT, das Fraunhofer-Institut und von Seiten der Wirtschaft eine Reihe von Partnern, allen voran Varta in Ellwangen und Automobilhersteller und -zulieferer. Das Land bot 180 Millionen Euro zusätzliche Mittel zu den über 100 Millionen Euro, die es in den letzten Jahren bereits für diverse Batterieprojekte ausgegeben hat. Obwohl wir die fachliche Expertise und alles, was ein Cluster ausmacht, haben, fiel die Entscheidung auf Münster. Warum? Eine schlüssige Begründung bleibt die Bundesministerin schuldig. Angeblich sei es um den höchsten Grad der Exzellenz gegangen, den sahen die Experten allerdings in Ulm. Und eigentlich sei die Entscheidung im Wirtschaftsministerium gefallen, sie habe sie nur verkündet. Das stinkt doch bis zum Himmel! Denn Münster lag nicht einmal unter den ersten drei der von der Gutachterkommission geprüften Bewerbungen. Wir wissen also nicht im Geringsten, warum die Entscheidung auf Münster fiel. Denn wenn es um die Mobilität der Zukunft geht, konkurrieren nicht Baden-Württemberg und Bayern oder Niedersachsen, sondern Deutschland oder besser Europa gegen Asien oder Amerika. Und dann muss man bei diesem Wettbewerb den Stärksten ins Rennen schicken und nicht den, der auch mal was Schönes verdient hätte. Die Forschungsfabrik ist kein Solidaritätszuschlag und auch keine Strukturförderung. Es geht um die Zukunft und die Transformation eines unserer wichtigsten Industriezweige. Was macht die Landes-CDU, die sich ihrer guten Verbindung nach Berlin rühmt? Wir fordern eine Aufklärung, notfalls durch einen Untersuchungsausschuss. (Auszug aus meiner Rede)

## Kleiner Landesparteitag in Pforzheim



Am 6. Juli fand unser Kleiner Landesparteitag in Pforzheim unter dem Motto BildungsMUT statt. Nach einer intensiven Debatte wurde bei nur einer Gegenstimme der Leitantrag zur Bildungspolitik beschlossen, der unter anderem die generelle Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 beim Gymnasium vorsieht. Zwar haben junge Leute heute mit siebzehneinhalb Jahren das Abitur, aber Hochschulen und Unternehmen klagen immer mehr über die unzureichende persönliche Entwicklung der Schulabgänger. Wir müssen jungen Menschen die notwendige Zeit geben, dass sie sich Wissen aneignen und gleichzeitig ihre eigene persönliche Entwicklung durchmachen können. Deshalb wollen wir, dass wieder gewählt werden kann zwischen G8 und G9.



Unser Motto „BildungsMUT – Zukunft braucht Ideen, Fortschritt unseren Mut“ beinhaltet die Beschlüsse, die frühkindliche Bildung insgesamt besser auszustatten, die Grundschule zu stärken und die Ganztagschule auszuweiten. Unsere Bildungseinrichtungen sollen zu modernen Lernorten und Zukunftswerkstätten unserer Demokratie weiterentwickelt werden. Denn Bildung ist der Schlüssel zur späteren gesellschaftlichen Teilhabe und somit die Grundlage für Chancengerechtigkeit.

## Positionspapier Frühkindliche Bildung

Gute Bildung beginnt für uns nicht erst in der Schule, sondern bereits im Kleinkindalter. Kitas sind Bildungseinrichtungen mit weit mehr als einem reinen Betreuungsauftrag und müssen auch als solche gestaltet werden. Deswegen fordert die SPD Baden-Württemberg Gebührenfreiheit, Ausbau der Betreuungskapazitäten und eine Qualitätsentwicklung. Diese drei Handlungsfelder müssen sinnvoll verknüpft anstatt gegeneinander ausgespielt werden. Eltern sollten sich nie zwischen einem guten und einem günstigen Angebot entscheiden müssen, sondern wir müssen unseren Familien überall qualitativ hochwertige UND gebührenfreie Kitas anbieten.



Fotos: SPD Baden-Württemberg

### Zur Stärkung der frühkindlichen Bildung fordert die SPD-Landtagsfraktion:

- die Erarbeitung eines schlüssigen Gesamtkonzepts zur frühkindlichen Bildung und den Übergang zur Grundschule durch eine Enquete-Kommission
- die Abschaffung von Kita-Gebühren zur Entlastung der Familien
- ein Maßnahmenpaket, um mehr pädagogische Fachkräfte zu gewinnen, z.B. durch mehr Ausbildungsplätze, bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung, klare Entwicklungsperspektiven und feste Leitungszeiten
- mehr finanzielle Unterstützung durch das Land beim bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungskapazitäten und flexiblen Betreuungszeiten
- bessere Qualität in den Kitas durch landesweit verbindliche Standards und bessere individuelle Förderung

Das gesamte Positionspapier ist einsehbar unter: <https://www.spd-landtag-bw.de/wp-content/uploads/Positionspapier-Fr%C3%BChkindliche-Bildung.pdf>

## Besuch im Kinderhaus in der Au

Im Vorfeld des Kleinen Landesparteitages besuchte ich gemeinsam mit Rainer Lindenmayer, Chef der SPD-Gemeinderatsfraktion und Kreisrat, und Willi Häfele, früherer langjähriger SPD-Gemeinde- und Kreisrat, am 4. Juli das Kinderhaus in der Au in Sontheim a.d. Brenz. Wie viele Kommunen steht auch Sontheim vor der dringlichen Aufgabe, die Kitas weiter auszubauen, vor allem für Kinder unter drei Jahren und in der Ganztagsbetreuung. Das bestätigte auch Kinderhausleiter Simon Abele. Der erhöhte Bedarf stelle veränderte Anforderungen an Mitarbeiter und Räumlichkeiten. Abele befürchtet, dass mit Einführung der Gebührenfreiheit die Kommune der plötzlich steigenden Nachfrage nicht nachkommen könne und die Qualität unweigerlich darunter leide. Häufig wird dieses Argument ins Feld geführt. Aber Gebührenfreiheit und Qualität dürfen sich dabei nicht ausschließen. Es muss ausreichend Geld zur Verfügung gestellt werden, damit die Kommunen nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Der Bedarf an Betreuungsplätzen wird zukünftig auch ohne Gebührenfreiheit steigen. Die Kommunen müssen sich darauf vorbereiten. SPD-Bundesfamilienministerin Franziska Giffey ist mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ in Vorleistung gegangen. Das Land muss und kann sich hier bei der derzeitigen finanziellen Lage weitaus mehr einbringen. Die frühkindliche Bildung ist das Fundament jeder Bildungskarriere und gehört damit in die Hoheit des Landes und muss wie Schule oder Hochschule gebührenfrei gestellt werden. Unser Volksbegehren dazu ist im Frühjahr auf eine enorme Resonanz gestoßen, wurde allerdings vom Innenminister als verfassungswidrig abgelehnt. Dagegen haben wir Klage beim Verfassungsgerichtshof eingereicht. Am 21. Oktober wird dort mündlich über unser Volksbegehren verhandelt. Mit einer Entscheidung ist einige Wochen später zu rechnen. Sollte es wider Erwarten nicht zum Volksbegehren kommen, wird die Landtagswahl 2021 eine Entscheidung bringen.



## Härtsfeldradtour



Am 29. Juni folgte ich der Einladung von Anton Scherer, Vorsitzender der Freien Wähler im Dischinger Gemeinderat, zu einer Radtour durchs Härtsfeld. Schon 2015 habe ich als Kultusminister diese Tour durchs schöne Egautal im Rahmen des Dischinger Ferienprogramms absolviert. Bei hochsommerlichen Temperaturen informierte Bürgermeister Alfons Jakl mich und zahlreiche interessierte Mitradler über die aktuelle Biberproblematik, den geplanten Um- und Ausbau des Kiosks am Härtsfeldsee und verschiedene notwendige Hochwasserschutzmaßnahmen für Iggenhausen, Dischingen und Ballmertshofen. Ein Besuch beim gerade stattfindenden Festival „Rock am Härtsfeldsee“ rundete den informativen Ausflug ab.



Fotos: Pampuch

**Zur Information: Das Wahlkreisbüro ist vom 12. bis 30. August geschlossen. Ab dem 2. September sind wir gerne wieder für Euch da.**

### Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL  
Redaktion: Danjela Folberth  
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim  
Tel.: 07321 / 4 00 80  
E-Mail: [wahlkreisbuero@andreas-stoch.de](mailto:wahlkreisbuero@andreas-stoch.de)  
Internet: [www.andreas-stoch.de](http://www.andreas-stoch.de)